

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

Ausschußbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 28.01.2002
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/142237
<b>Niederschrift</b>	
<b>Hauptausschuß</b>	<b>Sitzung am Dienstag, 11. Dezember 2001</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:06 Uhr – 20:06 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 18:41 Uhr – 18:51 Uhr 19:55 Uhr – 20: 00 Uhr
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnungspunkte</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung  
- öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 30.10.2001  
- öffentlicher Teil -  
784/2001**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Einzelhandelsprojekte der Investoren Becker und Hahn in der Innenstadt Bergisch Gladbach  
824/2001**

6. **Schülerticket;  
Sachstandsbericht**  
*826/2001*
  
7. **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach  
- Jahresbericht 2000  
- Wohnungsbauprogramm 2001**  
*472/2001*  
**Wohnungssituation in Bergisch Gladbach  
Stellungnahme des Fachbereiches Jugend und Soziales**  
*738/2001*
  
8. **Rahmenplanung Bensberg  
- Sachstandsbericht / Bestandsanalyse  
- Leitbild  
- Handlungsräume**  
*594/2001*
  
9. **Zweite Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk  
Köln; Beschluß einer Stellungnahme**  
*803/2001*
  
10. **Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**  
*797/2001*
  
11. **Ermächtigung, bereits vor der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2002 für  
städtepartnerschaftliche Aktivitäten Verpflichtungen zu Lasten des Haushalts-  
planes 2002 einzugehen**  
*798/2001*
  
12. **Entschädigungen für Rats- und Ausschußmitglieder**  
*818/2001*
  
13. **Berufung der Mitglieder des Beirates für die Belange von Menschen mit Behin-  
derungen durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach**  
*750/2001*
  
14. **Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat**  
*723/2001*

- 15. Handlungsrahmen für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates**  
*653/2001*
  
- 16. Bericht aus der Sitzung des Ausländerbeirates**  
*788/2001*
  
- 17. Anträge der Fraktionen**
  - 17.1 Bewerbung um das Gütesiegel für umweltgerechtes Reisen von der Firma Viabono GmbH; Antrag der KIDinitiative vom 22.10.2001**  
*821/2001*
  
  - 17.2 Antrag der SPD vom 26.11.2001, der Stadtplaner Dr. Jansen möge in der Sitzung des Hauptausschusses am 11.12.2001 sein Gutachten zur Stadtverträglichkeit der zwei projektierten Einkaufszentren in der Stadtmitte erläutern**  
*811/2001*
  
- 18. Anfragen der Ausschussmitglieder**

**A Öffentlicher Teil**

**1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Als Unterlage für heutige Sitzung benennt sie die Einladung vom 29.11.2001 mit den beigefügten Vorlagen. Die Vorlagen 472/ 2001 und 738/ 2001 (zu Top A 7), 594/ 2001 (zu Top A 8), 750/ 2001 (zu Top A 13) und 723/ 2001 (zu Top A 14) sind der Einladung nicht beigefügt, sondern denjenigen der Fachausschüsse zu entnehmen.

**2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird genehmigt.

**3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 30.10.2001 - öffentlicher Teil -**

Unter Hinweis auf den Durchführungsvermerk zu Punkt 15 (Antrag ihrer Fraktion vom 08.10.2001 zum Mobilfunk) bedauert Frau Ryborsch, daß dem Hauptausschuß die Informationen, die dem Finanz- und Liegenschaftsausschuß vorlagen, nicht auch zur Kenntnis gegeben wurden. Sie fragt an, ob dies nachgeholt werden könne.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, daß diese Informationen der Niederschrift als Anlage beigefügt werden.

**4 Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Besichtigung der Gewerbegebiete  
-----

Bürgermeisterin Opladen weist auf die am 13.12.2001 stattfindende Besichtigung der Gewerbegebiete in Bergisch Gladbach hin. Treffpunkt sei um 13:30 Uhr vor dem Eingang des Ratskellers Bensberg. Die Mitglieder des Hauptausschusses und des Finanz- und Liegenschaftsausschusses seien von Herrn Orth hierzu eingeladen worden.

5 **Einzelhandelsprojekte der Investoren Becker und Hahn in der Innenstadt Bergisch Gladbach**

**und**

17.2 **Antrag der SPD vom 26.11.2001, der Stadtplaner Dr. Jansen möge in der Sitzung des Hauptausschusses am 11.12.2001 sein Gutachten zur Stadtverträglichkeit der zwei projektierten Einkaufszentren in der Stadtmitte erläutern**

Herr Freese regt an, die Punkte 5 und 17.2 gemeinsam zu behandeln.

Hierüber besteht Einvernehmen.

Herr Freese begrüßt, daß durch die beiden Projekte Bewegung in die Neugestaltung der Innenstadt komme. Die Verwaltung habe in ihrem Schreiben vom 31.10.2001 darauf hingewiesen, daß beide Projekte im Sinne der Empfehlungen von Dr. Jansen zu überarbeiten seien. Der Investor Hahn habe zugesagt, dies bereits bis Ende Dezember zu leisten. Dessen Projekt sei insbesondere hinsichtlich der verkehrlichen Erschließung zu überdenken, da es ansonsten als zentrenschädlich eingestuft werden müsse. Eine Insellage sei unbedingt zu vermeiden. Hinsichtlich des Sortimentes sei ebenfalls sicherzustellen, daß dieses nicht zentrenschädlich sei, d. h. zum Verweilen und zu weiteren Einkäufen in der Innenstadt einlade. Er verweist auf das negative Beispiel des „Strundeparks“.

Die SPD- Fraktion sei überrascht über die bislang geringe Resonanz aus dem Bereich der Einzelhändler. Die Geschäftsleute der „Grünen Ladenstraße“ seien durch die Verwaltung über das Projekt des Investors Hahn, insbesondere dessen Erschließung, zu informieren. Er verweist auf eine Prüfung zweier ortsansässiger Rechtsanwälte, nach der der zwischen der Stadt und dem Investor geschlossene Vertrag hinfällig sei. Für die Platzgestaltung enthalte der Haushalt immer noch drei Millionen DM. Auf der anderen Seite werde dringend jeder Betrag benötigt.

In seiner modifizierten Form sei auch das Projekt des Investors Becker nicht mehr negativ zu beurteilen. Insbesondere verfüge es über eine günstige Verkehrsanbindung. Zudem könne es zu einer Belebung der unteren Hauptstraße beitragen.

Auf Nachfrage von Bürgermeisterin Opladen hält er eine Berichterstattung von Dr. Jansen im Hauptausschuß auch weiterhin für sinnvoll. Die solle geschehen, bevor einem oder beiden Objekten grünes Licht gegeben werde. Da letztendlich die Politik entscheide, müsse Dr. Jansen noch einmal gehört werden. Der Antrag seiner Fraktion sei daher zwar für die heutige Sitzung, nicht jedoch grundsätzlich erledigt.

Bürgermeisterin Opladen kündigt an, gleichwohl über den Antrag abstimmen lassen zu wollen.

Frau Ryborsch hält es für sinnvoll, die beiden Projekte aufeinander abzustimmen und zu verwirklichen. Sowohl im Bereich des S-Bahnhofs als auch des Driescher Kreuzes müsse etwas getan werden. Wenn es schon einen Investor für den Bereich der unteren Hauptstraße gebe, solle man dessen Angebot nutzen. Der jetzige Inhalt des Projektes von Herrn Hahn entspreche nicht mehr dem geschlossenen Vertrag, da ein Kino nicht zur Ausführung gelange. Sie möchte wissen, welche Position die Verwaltung heute in

Bezug auf den seinerzeit vereinbarten Kaufpreis für das Grundstück einnehme. Dieser sei unter Hinweis auf eine mangelnde Rentabilität des Objektes bewußt niedrig angesetzt worden. Mit Blick auf die Haushaltslage müsse hier nachverhandelt werden. Sie möchte wissen, ob es für die notwendigen Gespräche mit den beiden Investoren bereits einen Zeitrahmen gebe.

Herr Buchholz weist darauf hin, daß beide Investoren ihre Projekte bis zum 31.12.2001 zu überarbeiten hätten. Man müsse abwarten, was dann präsentiert werde. Die Stadt könne sich glücklich schätzen, das derartige Vorhaben angedacht werden. Die CDU- Fraktion favorisiere zur Zeit weder das eine noch das andere. Vielleicht lasse sich eine Situation erreichen, die allen Beteiligten gerecht werde. Er sehe kein Problem darin, zum gegebenen Zeitpunkt Dr. Jansen in der Sache anzuhören.

Stadtbaurat Schmickler erwartet von beiden Investoren bis zum 31.12.2001 überarbeitete Bauvorlagen. Dies sei zugesagt worden. Das weitere Vorgehen werde vom Inhalt der neuen Bauvorlagen abhängen. Er könne zum heutigen Zeitpunkt keine Garantie dafür abgeben, daß auf der Grundlage der neuen Pläne eine Fortführung des Verfahrens möglich sei. Die Verwaltung werde die Politik unterrichten, wenn das Ergebnis einer Überprüfung der neuen Bauvorlagen feststehe. Von dessen Inhalt werde abhängen, ob der Gutachter erneut einzubinden sei und dem Hauptausschuß vortrage. Dies könne ggf. mit den Fraktionen abgestimmt werden.

Herr Dr. Miede ist nicht damit einverstanden, daß die Verwaltung die Ausarbeitung neuer Pläne veranlaßt und erst danach das Abstimmungsverfahren mit der Politik einleitet. Die Ausführungen von Stadtbaurat Schmickler stünden im Gegensatz zu den Aussagen unter 1. des Schreibens vom 31.10.2001 (Seite 13 der Einladung). Nicht nur werde inzwischen die gleichzeitige Errichtung von beiden Projekten für möglich gehalten, auch bei der angedachten Verkaufsfläche gebe es eine große Diskrepanz. Sinnvoll sei es, zunächst den Gutachter zur Verkaufsfläche zu befragen.

Stadtbaurat Schmickler entgegnet, im Schreiben vom 31.10.2001 seien lediglich die Empfehlungen des Gutachters für das weitere Vorgehen dargestellt worden. Diese hätten unter bestimmten Rahmenbedingungen gestanden, wodurch nicht automatisch eine andere Vorgehensweise ausgeschlossen wurde. Die Verwaltung habe ihr weiteres Vorgehen durchaus an den Empfehlungen orientiert. Allerdings sei der Gutachter bei seiner Beurteilung von zwei Zentren mit wesentlich höherer Verkaufsfläche ausgegangen. Vor diesem Hintergrund habe sein Urteil nur lauten können, die Vorhaben nicht gleichzeitig zu errichten. Die Auswirkungen auf den Einzelhandel hingen auch von den jeweiligen unterzubringenden Sortimenten ab. Es komme nunmehr darauf an, wie die Investoren bei ihren Umplanungen die Verkaufsfläche und den Branchenmix regelten. Nicht alle Sortimente seien automatisch zentrenschädigend. Zudem werde sich schon aus dem jeweiligen Rahmen der Projekt-Realisierung ein zeitlicher Versatz ergeben. Wenn alle diese Informationen vorlägen, sei die erneute Einbindung des Gutachters sinnvoll.

Frau Ryborsch betont nochmals die Notwendigkeit von Nachverhandlungen mit dem Investor Hahn.

Bürgermeisterin Opladen ist nicht bereit, in öffentlicher Sitzung auf Details des Vertrages einzugehen. Auf Wunsch werde jedoch den Fraktionsvorsitzenden die rechtliche Problematik eingehend erläutert.

Für Herrn Orth hatte vor allem die vom Investor Becker geplante Tiefgarage das Kaskade-Projekt aufgewertet. Durch den Wegfall dieser Garage müsse das Projekt unter ganz neuen Gesichtspunkten bewertet werden. Unverständlich sei für ihn, weshalb der Investor Hahn von der Verwaltung immer noch favorisiert werde. Dieser habe sich bislang nicht als der seriöseste Partner erwiesen. Er bittet darum, daß die rechtliche Qualität des Vertrages im nichtöffentlichen Teil dargestellt wird.

Bürgermeisterin Opladen teilt die Auffassung von Herrn Orth bezüglich des Investors Hahn nicht. Sowohl Herr Becker als auch Herr Hahn hätten Grundstücke in der Stadtmitte und könnten daher zu deren Gestaltung einen wertvollen Beitrag leisten. Sie werde in öffentlicher Sitzung nicht zum Vertrag Stellung beziehen, dies jedoch gerne gegenüber einem ausgewählten Kreis tun.

Herr Freese ist damit einverstanden, daß Herr Dr. Jansen eingeladen wird, wenn die modifizierten Unterlagen der Investoren vorliegen und durch die Verwaltung bewertet wurden. Eine Abstimmung über den Antrag seiner Fraktion erübrige sich damit.

Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

## **6 Schülerticket; Sachstandsbericht**

Herr Waldschmidt kündigt die Ablehnung der Ziffer 3 des Beschlußvorschlages durch die SPD- Fraktion an. Das SchülerTicket habe nur dann eine Chance, wenn das Solidarmodell konsequent vollzogen werde. Vor diesem Hintergrund habe der Hauptausschuß die Abnahmequote, die Voraussetzung für eine Aufnahme der jeweiligen Schule in das Modell ist, bewußt heruntergesetzt. Es habe aufgrund dessen eine große Zunahme der Anmeldungen gegeben, auch an Schulen, die bislang nicht am Solidarmodell partizipieren. Mehrere Schulen stünden kurz vor dem Erreichen des Quorums. Eine Revidierung der bisherigen Regelung durch Ziffer 3 stelle einen Wortbruch dar. Zudem entstehe unter den Schulen eine Ungleichbehandlung, die kaum vermittelbar sei. Insgesamt besteht die Gefahr, daß unter den Benutzern und Interessenten des SchülerTickets eine Unsicherheit resultiere, die letztendlich den Erfolg verhindere. Die bisherigen Investitionen seien dann umsonst.

Herr Dr. Kassner bewertet das SchülerTicket als einen Erfolg. Dies bedeute jedoch nicht, daß die Stadt dasselbe auf Dauer subventionieren müsse. Dies gelte vor allem vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage. Das sich abzeichnende Defizit könne nicht ständig abgedeckt werden. Er beantragt, aus Ziffer 1 des Beschlußvorschlages das Wort „ zustimmend “ zu streichen. Die Ziffern 2, 3 und 4 seien unverändert zu beschließen. Ein Vorgriff auf den Haushalt 2002 sei im vorliegenden Falle nicht möglich.

Frau Ryborsch lobt die Aktivitäten der Stadtverkehrsgesellschaft in Bezug auf die Einführung und die Vermarktung des SchülerTickets. Der Antrag von Herrn Dr. Kassner sei ein deutlicher Schritt zurück. Werde das Ticket unter der Voraussetzung einer Gleichbehandlung aller Schulen zu einem vernünftigen Preis angeboten, erledige sich das Defizit auf Dauer von selbst. Die angedachten Beschlüsse würden sich verheerend auswirken. Sie bittet darum, Ziffer 3 nicht zu beschließen, sondern bis

zum Ende des Schuljahres abzuwarten. Sie sei überzeugt, daß bis dahin die Abnahmequote so groß werde, daß das Ticket flächendeckend zu einem vernünftigen Preis eingeführt werden könne. Sie empfiehlt, die im Haushaltsplan enthaltenen 3 Mio. DM für die Platzgestaltung im Bereich des S-Bahnhofs mit für den Ausgleich des Defizits einzusetzen.

Stadtkämmerer Kotulla weist darauf hin, dem Hauptausschuß gegenüber bereits seine Bedenken gegen die Finanzierung des SchülerTickets geäußert zu haben. Das notwendige Geld sei weder im Haushalt noch im Wirtschaftsplan der Stadtverkehrsgesellschaft enthalten. Die von Frau Ryborsch benannten 3 Mio. DM für die Platzgestaltung seien für eine Finanzierung nicht heranziehbar, da es sich um einen Haushaltstitel handle, der in die Rücklage überführt werde. Es bleibe abzuwarten, wie teuer letztendlich die Neugestaltung im Bereich der Stadtmitte werde. Der beim SchülerTicket erreichte Stand stehe nicht zur Disposition, es gehe lediglich um die angestrebte Ausweitung. Diese sei absolut nicht vertretbar. Bereits jetzt müßten in 2002 250 bis 300.000 DM im Haushaltsplan für das Ticket eingestellt werden.

Herr Dr. Mieke führt aus, daß in Kürze lediglich drei Schulen das festgelegte Quorum erreichen. Für ihn sei die Glaubwürdigkeit ausschlaggebend. Es müsse möglich sein, den zusätzlichen Betrag zumindest vorübergehend bereitzustellen.

Bürgermeisterin Opladen betont, daß die bereits vergebenen Tickets nicht angetastet werden. Es könnten aber das Nicolaus-Cusanus-Gymnasium, die Realschule Im Kleefeld und die Hauptschule Im Kleefeld nicht zusätzlich in das Solidarmodell aufgenommen werden. Das hieraus entstehende zusätzliche Defizit betrage zunächst 13.732 DM pro Monat und sei nicht zu verantworten.

Auch Frau Schmidt- Bolzmann geht davon aus, daß die drei benannten Schulen das Defizit erheblich steigern. Es irritiere sie, daß dasselbe für 2002 mit mindestens 200.000 DM angesetzt werde. 90.000 DM an Zuschußbedarf seien bereits jetzt aufgelaufen. In der Vorlage für die Juni- Sitzung des Hauptausschusses sei die Verwaltung von etwa 30.000 DM für das gesamte Schuljahr ausgegangen. Eine Aufnahme der benannten Schulen in das Solidarmodell sei mit Blick auf den Haushalt unverantwortlich. Sie schlägt vor, den Preis für das SchülerTicket ab dem 1.1.2002 an den Schulen im Solidarmodell auf 14, 50 Euro festzulegen. Dies vermeide den vorgesehenen krummen Betrag.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß der Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft von einer Erhöhung des Ticketpreises absehen wolle. Es werde ansonsten unzulässig in die bestehenden Verträge eingegriffen.

Herr Freese stellt klar, daß sich die von Frau Schmidt- Bolzmann benannte Diskrepanz hinsichtlich des Defizits aus der Absenkung des Quorums von 65 Prozent auf 45 Prozent ergeben habe. Die Tabelle auf Seite 16-9 der Vorlage zeige, daß seit dem Ende der Sommerferien die durchschnittliche Prozentzahl der Anmeldungen an den Schulen des Solidarmodells um fast fünf Prozent gestiegen sei. Von einer hundertprozentigen Kostendeckung könne beim SchülerTicket generell nicht ausgegangen werden. Dafür gebe es einfach zu viele Schüler, die in unmittelbarer Nähe ihrer Schule wohnten. Er geht davon aus, daß sich die bislang erreichte Abnahmequote noch deutlich auf 75 bis 80 Prozent durchschnittlich steigern lasse. Er schlägt vor, den vom Kreis jährlich an die Stadt gezahlten Betrag zu Gunsten des öffentlichen Personen-

nahverkehrs gezielt zur Abdeckung des Defizits einzusetzen.

Der Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft, Herr Becher, informiert darüber, daß der von Herrn Freese genannte Betrag für die Aufrechterhaltung des Zehn- Minuten- Taktes zwischen der Stadtmitte und Bensberg verwandt werde.

Herr Buchholz schlägt vor, entsprechend dem Beschlußvorschlag zu verfahren und das Ende des laufenden Schuljahres erst einmal abzuwarten. Danach könne das entstandene Defizit auf der Basis des Status Quo festgestellt und der Hauptausschuß erneut mit der Angelegenheit befaßt werden.

Bürgermeisterin Opladen weist auf die Notwendigkeit eines Beschlusses hin, da ansonsten jede Schule, die das Quorum von 45 Prozent erreiche, in das Solidarmodell aufzunehmen sei.

Herr Neuheuser betont den Sparwillen auch seiner Fraktion. Allerdings müsse dies an der richtigen Stelle geschehen. Ziffer 3 des Beschlußvorschlages bewertet er vor dem Hintergrund des Gleichheitsgrundsatzes als problematisch, wenngleich er das Entstehen des höheren Defizits bei Aufnahme neuer Schulen durchaus sehe. Aus diesem Grund sei eine angemessene Lösung zu erarbeiten, auch wenn diese unter anderem in einer Erhöhung des Ticketpreises liege. Zu den beiden Schulen am Ahornweg möchte er wissen, weshalb die bisherige Anmeldequote so gering sei. Könne dies daran liegen, daß es die Fragebögen zur Einführung des Tickets nur in Deutsch gegeben habe? Der Ausländeranteil sei an diesen Schulen sehr hoch.

Herr Becher geht davon aus, daß man an einer weiterführenden Schule durchaus ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache bei allen Schülern voraussetzen könne. Im Einzelfall gebe es durchaus ausländische Schüler und Eltern, denen man den Fragebogen mühsam erklären müsse. Auch an anderen Schulen gebe es einen Ausländeranteil, ohne daß dies zu nennenswerten Problemen führe.

Herr Ziffus geht davon aus, daß andere Verkehrsbereiche durch die Stadt sehr massiv subventioniert werden. Er verweist auf die Parkraumbewirtschaftung und den Zuschuß für die eigenbetriebähnliche Einrichtung „Verkehrswesen“. Auch er sieht die Gefahr einer Ungleichbehandlung der Schulen, die das Anmeldequorum erreicht haben. Er hält dies auch juristisch für bedenklich. Gegenzurechnen seien in jedem Fall auch die erzielten Einsparungen im motorisierten Individualverkehr durch den Erfolg des SchülerTickets. Die Subventionstendenz sei zudem deutlich degressiv. Dies werde sich mit Sicherheit noch verstärken, wenn das Ticket künftig zu einem geringeren Preis flächendeckend eingeführt werde. Selbst bei den in der Nähe der Schulen wohnenden Schülern steige dann die Bereitschaft, das Ticket abzunehmen.

Für Herrn Dr. Kassner läßt sich eine Erhöhung des Defizits nur durch den Verzicht auf andere Dinge finanzieren. Dies sei gegebenenfalls im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

Für Herrn Jung ist es notwendig, dem Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft durch einen Beschluß klare Vorgaben zu machen. Er weist darauf hin, daß der Beschluß zur Anschubfinanzierung auf ein Jahr festgeschrieben war. Dieses sei allerdings erst im Sommer des kommenden Jahres vorbei. Mit Blick auf die Haushaltslage müsse der Beschluß wie unterbreitet gefaßt werden.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, daß die durch die Euro-Umstellung im Bereich der Parkraumbewirtschaftung zu erwartenden Mindereinnahmen knapp die Höhe des zusätzlichen Subventionsbedarfs für das SchülerTicket ausmachen. Die SPD- Fraktion habe im Fachausschuß eine kostendeckende Umstellung der Parkraumbewirtschaftung auf den Euro gefordert. Dies habe die CDU-Fraktion abgelehnt. Im Falle des SchülerTickets verhalte sie sich entgegengesetzt.

Herr Orth merkt an, daß die dramatische Haushaltslage auch schon im Juni des Jahres absehbar war. Die seinerzeitigen Rahmenbedingungen seien bis heute unverändert und insoweit die Argumente der CDU- Fraktion nicht stichhaltig. Es gebe zudem keine städtische Subvention, die derart degressiv verlaufe wie die für das SchülerTicket.

Herr Dr. Miede schlägt vor, die Entscheidung zu Ziffer 3 des Beschlußvorschlages auszusetzen und über die Angelegenheit im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu befinden.

Herr Cüpper sieht in der Ziffer 3 auch eine Reaktion auf das von Bund und Land zu verantwortende finanzielle Ausbluten der Kommunen.

Bürgermeisterin Opladen hält eine Revidierung des Beschlusses zu Ziffer 3 dann für möglich, wenn sich die finanzielle Lage der Stadt verbessere. Derzeit könne man sich eine Erhöhung des Defizits in der benannten Höhe nicht erlauben.

Sodann faßt der Hauptausschuß zunächst einstimmig folgenden **Beschluß:**

1. **Der Hauptausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**
2. **Der Hauptausschuß empfiehlt dem Finanzausschuß, das bei der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach (SVB) angefallene Defizit für die Unterstützung des SchülerTickets im Schuljahr 2001/2002 entsprechend dem Beschluß des Hauptausschusses vom 26.6.2001 auszugleichen.**
3. **Der Preis für das SchülerTicket für das Schuljahr 2001/2002 wird an den Schulen des Solidarmodells ab dem 1. Januar 2002 auf 14,32 Euro festgelegt.**

Danach faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der F.D.P. bei zahlreichen Gegenstimmen und mehreren Enthaltungen folgenden **Beschluß:**

**Aufgrund der angespannten Haushaltslage werden abweichend vom Beschluß des Hauptausschusses vom 26.6.2001 im laufenden Schuljahr keine weiteren Schulen in das Solidarmodell aufgenommen. Die Stadtverkehrsgesellschaft wird gebeten, im Frühjahr 2002 erneut Vorlagen für das kommende Schuljahr zu erarbeiten. Dabei sind die Zahlen je Schule zu kalkulieren.**

7. **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**  
**- Jahresbericht 2000**

- **Wohnungsbauprogramm 2001**

**und**

**Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**  
**Stellungnahme des Fachbereiches Jugend und Soziales**

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß der Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) den Jahresbericht 2000 und das Wohnungsbauprogramm 2001 zur Kenntnis genommen habe. Im Ausschuß sei kritisch angemerkt worden, daß Landeskontingente für die Errichtung von Sozialwohnungen ungenutzt zurückgegeben wurden. Die Verwaltung bedaure dies, jedoch benötige man zur Errichtung von Sozialwohnungen Grundstücke und Investoren. Für das Jahr 2001 würden für die Baumaßnahmen auf dem Gelände der ehemaligen Hermann- Löns- Kaserne alle Kontingente abgerufen. Für die Nutzung der Mittel aus 2002 befinde man sich in Gesprächen mit einem Investor, der am Bau von Sozialwohnungen interessiert sei.

Frau Wöber- Servaes begrüßt, daß der Bericht auch dem Jugendhilfeausschuß (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) vorgelegt wurde. Er habe einen engen Zusammenhang mit dem durch Fachbereich 5 veröffentlichten Sozialatlas. Der Fachbereich beabsichtige, hinsichtlich der Schaffung preiswerten Wohnraumes eine Handlungsempfehlung zu formulieren. Es gehe darum, für Personen mit geringem Einkommen bezahlbare Wohnungen zu bauen.

Herr Freese lobt die hohe Qualität des Wohnungsberichtes. Jedes Jahr fielen Wohnungen aus der Sozialbindung heraus. Mangels Grundstücken könne kein adäquater Ersatz geschaffen werden. Die wenigen Projekte, die privat verwirklicht würden, deckten nicht den Bedarf. Er geht davon aus, daß Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau existieren. Er benennt als Beispiele das Areal des Landschaftsverbandes an der Kölner Straße den Bereich Pannenberg. Es sei notwendig, alle Möglichkeiten für den sozialen Wohnungsbau auszuschöpfen. Hierdurch spare man bereits im Vorfeld Sozialhilfekosten ein. Bereits seit Jahren gebe es zirka 700 Haushalte, die auf der Suche nach preiswertem Wohnraum seien. Dieses Problem müsse endlich gelöst werden.

Auch Frau Ryborsch lobt die Vorlage als außerordentlich informativ. Es müsse darauf hingewirkt werden, daß künftig die Kontingente des Landes ausgenutzt werden. Der Hinweis, daß dies für 2001 erfüllt wurde, reiche nicht aus. Vor allem seien durch eine sinnvolle Bevorratung städtische Grundstücke für den angestrebten Zweck sicher zu stellen. Sie möchte wissen, wie derzeit die Situation allein erziehender Frauen mit einem oder mehreren Kindern hinsichtlich der Wohnraumversorgung sei. Zu kritisieren sei auch, daß in Bergisch Gladbach die Landesförderung für Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen nicht ausreichend genutzt werde. Sie möchte wissen, worauf dies beruhe und wie die Verwaltung hier Abhilfe schaffen könne.

Herr Buchholz entgegnet, daß für einen privaten Investor im sozialen Wohnungsbau kein Anreiz liege. Insoweit verbleibe für entsprechende Zwecke fast nur noch die Rheinisch- Bergische- Siedlungsgesellschaft übrig. Diese habe in der Vergangenheit durchaus Landesmittel genutzt. Bergisch Gladbach habe durch die Zugehörigkeit zum Ballungsraum Köln außergewöhnlich hohe Grundstückspreise. Es sei in den 70er und

80er Jahren versäumt worden, eine Grundstücksbevorratung zu betreiben. Das Haushaltsrecht gebiete, Grundstücke nicht unter Wert zu verkaufen. Die Grundstücke im Bereich Pannenberg seien zur Wohnraumschaffung für kinderreiche Familien auf der Basis eines entsprechenden Landesprogramms gedacht. Es stelle sich die Frage, ob es dieses Programm in der Form von vor zwei Jahren noch gebe. Potentielle Interessenten für die Förderung von Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen seien durch das Land zu informieren. Dies sei nicht Aufgabe der Stadt.

Stadtkämmerer Kotulla ergänzt, daß die Verwaltung den Interessenten die Förderung der genannten Maßnahmen durch das Land nur nahe bringen könne. Die Entscheidung, sie in Anspruch zunehmen, liege bei den Bauherren. Der Gesetzgeber habe es in der Vergangenheit durch seine Tätigkeit Bauwilligen nicht gerade leicht gemacht. Für 2001 seien nicht nur alle Kontingente abgerufen worden, sondern die Verwaltung habe sogar zusätzliche beantragt und erhalten. 2002 gehe die Bautätigkeit im Bereich der ehemalige Hermann- Löns- Kaserne weiter, so daß auch hier die Kontingente wieder voll ausgenutzt würden. Zudem verhandle die Verwaltung derzeit mit einem privaten Investor, der sozialen Wohnungsbau beabsichtige. Im Bereich Pannenberg sei ebenfalls eine Fläche für diesen Zweck reserviert. Insgesamt sei zu hoffen, daß in den nächsten Jahren die vom Land bereitgestellten Förderungskontingente voll ausgenutzt werden können.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Vorlagen zur Kenntnis.

Bürgermeisterin Opladen unterbricht die Sitzung für fünf Minuten.

**8. Rahmenplanung Bensberg**  
**- Sachstandsbericht / Bestandsanalyse**  
**- Leitbild**  
**- Handlungsräume**

Herr Freese hält es für unklug, in Bensberg keine weitere Verdichtung zuzulassen. Daher wolle die SPD- Fraktion Punkt 2 des Beschlußvorschlages lediglich zur Kenntnis nehmen. Hiermit müsse sich der Planungsausschuß näher befassen. Er ist verwundert darüber, daß in Bensberg bereits die Schaffung von lediglich 2500 Quadratmetern zusätzlicher Fläche für Einzelhandel ein Problem darstellt. In der Stadtmitte werde mit ganz anderen Größenordnungen gearbeitet. Aus diesem Grund wolle seine Fraktion auch Punkt 3 des Beschlußvorschlages nur zur Kenntnis nehmen.

Herr Ziffus möchte wissen, wie die Verwaltung mit den in der studentischen Arbeit entwickelten Leitbildern weiter umgehen wolle. Im übrigen stimme die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Vorlage zu, wenngleich deren Aussagen zum Teil nicht weitgehend genug seien.

Herr Buchholz bekundet für die CDU- Fraktion ebenfalls Zustimmung. Die nähere Ausgestaltung bleibe dem Fachausschuß überlassen. In bestimmten Bereichen solle eine Verdichtung der Bebauung möglich sein. Aufmerksamkeit erforderten auch die Bereiche Einzelhandels- und Gewerbeflächen. Gewerbliche Nutzung solle ohne Beeinträchtigung von Wohnbebauung stattfinden. Denkbar sei eine Konzentration von Betrieben mit Zukunftstechnologien im Bereich Bockenberg und entlang der Autobahn.

Stadtbaurat Schmickler betont, daß für Bensberg die Ansiedlung weiterer Einzelhandelsflächen genau zu untersuchen sei. Es gebe mehrere Möglichkeiten. Insoweit habe er keine Bedenken, einen Beschluß zu Punkt 3 zu fassen. Die Verwaltung habe durchaus keine Entscheidung gegen eine Verdichtung in Bensberg unterbreitet. Allerdings sei der Bereich als Wohnstandort inzwischen so begehrt, daß die Grundstückspreise einerseits und der Wunsch nach äußerster Grundstücksausnutzung andererseits die bisherigen Qualitäten gefährdeten. Hiermit müsse man sich planerisch auseinandersetzen. Die Verwaltung habe dargelegt, in welchen Bereichen tendenziell eine Verdichtung der Wohnbebauung möglich sei und wo dies eher eine Gefahr darstelle. Die Rahmenplanung sei eine solide Grundlage für das weitere Arbeiten.

Herr Dehler weist darauf hin, daß Moitzfeld teilweise von der Rahmenplanung mit erfaßt werde. Es sei wünschenswert, den Stadtteil komplett einzubeziehen. Gegen eine Ausdehnung der Wohnbebauung und die Entwicklung des Gewerbebereiches habe er keine Bedenken. Allerdings sei die Infrastruktur insgesamt anzupassen. Auf der anderen Seite müßten die naturnahen Räume in diesem Bereich geschützt und entwickelt werden.

Sodann faßt der Hauptausschuß zunächst einstimmig folgenden **Beschluß**:

**Die Rahmenplanung Bensberg wird von der Autobahn A 4 im Süden, der Grube Weiß und der Birkerhöhe im Osten, dem Bahndamm der alten Gütertrasse im Westen und dem die Stadtteile Bergisch Gladbach und Bensberg trennenden Grünflächenzug im Norden begrenzt.**

Danach faßt der Hauptausschuß einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion folgende **Beschlüsse**:

1. **Das in der Anlage 6 der Vorlage dargestellte Leitbild dient als Orientierungshilfe für die städtebauliche Entwicklung von Bensberg. Es ist entscheidungsleitend für nachfolgende Planungskonzepte und Maßnahmen.**
2. **Im nächsten Schritt der Rahmenplanung Bensberg soll eine Vertiefung der Planungskonzepte entsprechend der in der Anlage 7 dargestellten Handlungsräume erfolgen.**

9. **Zweite Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Köln;**  
**Beschluß einer Stellungnahme**

Herr Ziffus ist mit den Aussagen der Vorlage einverstanden. Keine Zustimmung finde bei ihm die Feststellung, als handele sich um eine abschließende Stellungnahme. Er weist darauf hin, daß der BUND vor dem Europäischen Gerichtshof geklagt habe und am 11.9.2001 ein Urteil ergangen sei. Entsprechend der vom BUND vertretenen Position müsse es eine zweite Tranche geben, innerhalb deren nachgemeldet werde. Insoweit sei das Verfahren nicht abgeschlossen.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

1. **Der erweiterten Darstellung eines Bereiches für den Schutz der Natur ( BSN Königsforst ) wird zugestimmt.**
2. **Die Bürgermeisterin wird beauftragt, den Beschluß der Bezirksregierung zu berichten.**

#### **10. Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**

Bürgermeisterin Opladen bedankt sich bei der für die Pflege der Städtepartnerschaften zuständigen Mitarbeiterin, die mit geringen finanziellen Mitteln und einem außerordentlich hohen persönlichen Einsatz in diesem Bereich in 2001 viel bewegt habe.

Herr Dr. Kassner merkt mit Blick auf den Beschlußvorschlag zu Tagesordnungspunkt 11 des öffentlichen Teiles an, daß vom Hauptausschuß eine Beschlußempfehlung im finanziellen Bereich erwartet werde. Er beantragt, im Beschlußvorschlag zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort „ gebilligt “ durch die Worte „zur Kenntnis genommen“ zu ersetzen.

Herr Freese weist darauf hin, daß die Mitarbeiterin 2001 den vorgegebenen Budget-Rahmen eingehalten habe (einschließlich der vom Kämmerer verfügbaren 20-prozentigen Kürzung). Sei beabsichtigt, unter Punkt 11 den dort vorgeschlagenen finanziellen Rahmen nochmals zu unterschreiten, müßten die Städtepartnerschaften insgesamt auf den Prüfstand.

Frau Ryborsch ist der Auffassung, daß der im Beschlußvorschlag zu Punkt 11 dargestellte finanzielle Rahmen nicht unterschritten werden darf.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

**Die für das Jahr 2002 vorgesehenen städtepartnerschaftlichen Aktivitäten werden zur Kenntnis genommen.**

#### **11. Ermächtigung, bereits vor der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2002 für städtepartnerschaftliche Aktivitäten Verpflichtungen zu Lasten des Haushaltsplanes 2002 einzugehen**

Herr Dr. Kassner beantragt, das vorgesehene Ausgabenvolumen von 5000 Euro auf 4000 Euro zu beschränken. Er betont, daß damit nicht automatisch eine Kürzung des Gesamtbetrages für die Städtepartnerschaften beabsichtigt sei. Er regt an zu prüfen, ob ggf. auf eine Veranstaltung mit der Partnerstadt Pszczyna im Rahmen des FORUMS OST WEST verzichtet werden könne, da es sich bei diesem um eine Kreisaktivität handele.

Herr Dr. Miede hält es für absurd, unter die beantragten 5000 Euro zu gehen.

Herr Buchholz betont, daß die Städtepartnerschaften nicht zur Disposition stünden. Es

gehe nur darum, die Höhe des Vorgriffs mit Blick auf die nicht bekannten Daten des Haushaltsplanentwurfs 2002 zu beschränken.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit den Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP folgenden **Beschluß:**

**Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, bereits vor der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2002 die folgenden städtepartnerschaftlichen Aktivitäten mit einem Ausgabenvolumen von rund 4000 Euro in die Wege zu leiten und die hierfür notwendigen Verpflichtungen einzugehen sowie die Absprachen mit den Partnerstädten zu treffen:**

- **Teilnahme einer Musikkapelle aus Velsen am Karnevalszug**
- **Teilnahme von Jugendlichen an einem Französisch- Sprachkursus in Bourgoin- Jallieu**
- **Beitrag aus der Partnerstadt Pszczyna am FORUM OST WEST**
- **Zuschußgewährung an Schulvereine und Verbände für städtepartnerschaftliche Begegnungen, die bis zur Rechtskraft der Haushaltssatzung anstehen werden.**

## **12. Entschädigungen für die Rats- und Ausschußmitglieder**

Bürgermeisterin Opladen weist auf die Vorberatung im Ältestenrat hin. Die Verwaltung habe in dessen Sitzung am 19.11.2001 Einsparungsmöglichkeiten aufgezeigt. Da man sich dort nicht einigen konnte, seien die Beratungen in den Fraktionen fortgeführt worden. Der Punkt sei vorsorglich in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen worden, um Einsparvorschläge ggf. rechtzeitig im Haushaltsplan für 2002 einbringen zu können. Voraussetzung sei eine vom Rat zu beschließende Änderung der Hauptsatzung. Inzwischen liege ein Antrag der CDU- Fraktion zum Thema vor.

Herr Buchholz trägt den Inhalt des Antrages vor. Er weist auf die dramatische finanzielle Situation der städtischen Finanzen hin. Um die Dinge in den Griff zu bekommen, sei es notwendig, alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Der Rat müsse mit einem positiven Beispiel vorgehen und schon an sich selbst gegenüber der Bürgerschaft den Sparwillen dokumentieren. Er beantragt, durch eine Änderung der Hauptsatzung die Anzahl der vergüteten Fraktionssitzungen für Ratsmitglieder auf 80 und für sachkundige Bürger auf 40 zu limitieren. Er geht davon aus, daß mit diesem Beschluß weder die Fraktionen ernsthaft getroffen noch die Arbeit des Rates behindert werde. Die im Gesetz vorgesehenen Zahlungen hinsichtlich eines Verdienstauffalls und der Fahrkosten seien ohnehin uneingeschränkt weiter zu zahlen.

Herr Freese betont den Sparwillen auch der SPD- Fraktion. Dies bedürfe jedoch keiner Änderung der Hauptsatzung. Man werde diesem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen. Es sei nicht abzusehen, inwieweit der politischen Raum das Handeln der Verwaltung im kommenden Jahr begleiten müsse. Er weist darauf hin, daß das Land eine 8-prozentige Erhöhung der Aufwandsentschädigungen beschlossen habe. Die Bürgermeisterin habe erklärt, diese Erhöhung kostenneutral im Haushaltsplan unterzubringen, das heißt unter der vorgesehenen Haushaltsstelle den gleichen Betrag wie 2001 auszuweisen. Dieser Vorgabe wolle sich die SPD- Fraktion stellen, jedoch ohne die Satzungsänderung, die ohnehin nur die kleinen Fraktionen treffe. Er geht davon

aus, daß ein Appell an alle Fraktionen, zu sparen, ausreiche. Die beantragte Limitierung sei ein Schlag gegen die Demokratie. Gerade die kleinen Fraktionen seien auf die verstärkte Mitarbeit von sachkundigen Bürgern angewiesen.

Herr Neuheuser schließt sich dem Antrag von Herrn Buchholz an. Daß die Einsparungen viele Personen seiner Fraktion träfen, werde hingenommen. Bereits jetzt tagten bei der KIDinitiative viele Arbeitskreise, ohne daß hierfür Geld gezahlt werde. Er weist darauf hin, daß ehrenamtliche Arbeit in anderen Bereichen finanziell erheblich weniger honoriert werde als im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung. Er geht davon aus, daß weitere Kürzungen sinnvoll und notwendig seien. Als Beispiel benennt er die Aufwendungen für die Fraktionen.

Auch Frau Ryborsch betont den Willen zu sparen. Sie bittet darum, die Problematik der Entschädigungen in die Haushaltsplanberatungen für 2002 zu vertagen. Der Vorschlag der CDU- Fraktion bringe nicht einmal 15.000 DM pro Jahr. Es sei sinnvoller, die vom Land beschlossene 8-prozentige Erhöhung als Sparmaßnahme einzusetzen. Sie appelliert, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen.

Frau Schmidt- Bolzmann betont, dass die F.D.P-Fraktion nicht annähernd auf die von Herrn Buchholz benannten Sitzungszahlen komme. Daher habe sie gegen einen entsprechenden Beschluß keine Bedenken. Die Arbeit ihrer Fraktion sei jedenfalls nicht gefährdet. Zusätzlich sollten allerdings weitere Einsparmöglichkeiten erwogen werden. Hierzu gehörten die von Herrn Neuhäuser benannten Aufwendungen für die Fraktionen, die sehr großzügig bemessen seien.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß in der Fraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wegen der Behandlung von Umwelterheblichkeitsprüfungen im Planungsausschuß die Umweltfachleute der Fraktion auch an den vorbereitenden Sitzungen zu diesem Gremium teilnehmen müßten. Dies bedinge automatisch eine Überschreitung der 40 Sitzungen für sachkundige Bürger. Diese qualifizierte Arbeit müsse auch künftig sichergestellt werden. Es sei möglich, pro Sitzung zu sparen, indem man weniger abrechne. Die Einsparpotentiale lägen weniger bei den sachkundigen Bürgern und mehr bei den Ratsmitgliedern. Man könne zum Beispiel weniger Fahrkosten abrechnen, indem lediglich die Kosten für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Ansatz gebracht werden. Wenn alle einen solchen Appell ernst nähmen, lasse sich mindestens die gleiche Summe einsparen wie durch den Vorschlag von Herrn Buchholz.

Herr Dr. Kassner entgegnet, daß es der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch künftig unbenommen sei, sachkundige Bürger an so vielen Sitzungen wie es als notwendig erachtet werde teilnehmen zu lassen. Nur würden lediglich 40 pro Kopf vergütet. Keine Bedenken habe er dagegen, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen auch die Aufwendungen für die Fraktionen auf den Prüfstand zu stellen. Die beiden großen Fraktionen seien durch die Neuregelung nicht unbedingt im Vorteil, da sie in jeder Ausschusssitzung auch mit mehr Personen repräsentiert seien.

Auf Nachfrage von Frau Schmidt- Bolzmann stellt Verwaltungsmitarbeiterin Müller klar, daß die Gemeindeordnung lediglich eine Limitierung der von den Fraktionen anberaumten Sitzungen zulasse.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit den Stimmen von CDU (ohne Bürgermeisterin Opladen) und FDP folgenden **Beschluß:**

**Die Anzahl der Teilnahmen an von den Fraktionen anberaumten Sitzungen einschließlich der Arbeitskreise, für die Sitzungsgeld gezahlt wird, wird für Ratsmitglieder auf 80 im Kalenderjahr beschränkt.**

**Die Anzahl der Teilnahmen an von den Fraktionen anberaumten Sitzungen einschließlich der Arbeitskreise, für die Sitzungsgeld gezahlt wird, wird für sachkundige Bürger auf 40 im Kalenderjahr beschränkt.**

**13. Berufung der Mitglieder des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach**

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß als Vertreterin des Seniorenbeirates im Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen nicht Frau Gudrun Köster, sondern Frau Gertrud Coester vorgeschlagen werde.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende **Beschlussempfehlung:**

**Gemäß § 3 der Satzung des Beirats für die Belange von Menschen mit Behinderungen und der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen wählt der Rat der Stadt Bergisch Gladbach auf Vorschlag der AG Behindertenhilfe die in der modifizierten Anlage 1 zur Drucksache 750/ 2001 benannten Personen.**

**14 Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat**

Herr Freese kritisiert die beabsichtigte Abkehr vom Prinzip der Urwahl. Wer sich im Seniorenbeirat engagieren wolle, könne dies künftig nur noch über die Stadtteilarbeit.

Für Frau Ryborsch ist die Urwahl die einzige demokratische Legitimation für den Seniorenbeirat. Eine anderweitige Auswahl der Kandidaten und deren anschließende Entsendung in das Gremium seien wenig sinnvoll.

Für Frau Wöber- Servaes ist der Vorschlag der Verwaltung vernünftig. Es gebe derzeit vier funktionierende Arbeitsgemeinschaften „Altenarbeit“, die hervorragend mit den Verbänden und anderen Institutionen zusammen arbeiteten. Es sei sinnvoll, stadtteilbezogene Arbeit zunächst in einem kleineren Gremium zu leisten. Aus Sicht der CDU- Fraktion bestehe keine Veranlassung dazu, am früheren Beschluß hinsichtlich der Urwahl fest zu halten.

Für Herrn Neuheuser wird der Seniorenbeirat durch die nunmehr vorgesehene Regelung mehr zu einer „Arbeitsgemeinschaft der Träger der Altenhilfe“ und weniger zu einem Gremium, das die Belange der Senioren adäquat vertrete. Auch er spricht sich für die Urwahl aus.

Für Frau Schmidt- Bolzmann ist die Urwahl nicht geeignet, einen tatsächlich repräsentativ zusammengesetzten Seniorenbeirat zu bewirken. Eine geringfügige Wahlbeteiligung sei voraussehbar, zumal die potentiellen Kandidaten in der Regel nur wenig

bekannt seien. Auch sie hält den Vorschlag der Verwaltung für vernünftig.

Frau Wöber-Servaes ergänzt, daß durch das vorgesehene Verfahren eine echte Diversifikation gewährleistet werde.

Herr Ziffus geht davon aus, daß die Gruppe der Senioren stetig wachse und sich aufgrund dessen eine immer größere Anzahl von Personen für deren Belange engagieren werde.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Beschlußempfehlung:**

**Die Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.**

## **15 Handlungsrahmen für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates**

Frau Wöber-Servaes begrüßt die vorgesehene Verabschiedung des Handlungsrahmens.

Frau Ryborsch bedauert, daß Frau Ono-Feller den Vorsitz des Ausländerbeirates und ihr Mandat zum Jahresende niederlegt.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Finanz und Liegenschaftsausschuß sowie dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:**

**Der Handlungsrahmen für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates wird in der vorgelegten Form beschlossen.**

## **16 Bericht aus der Sitzung des Ausländerbeirates**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

## **17 Anträge der Fraktionen**

### **17.1 Bewerbung um das Gütesiegel für umweltgerechtes Reisen von der Firma Via-bono GmbH; Antrag der KIDitiative vom 22.10.2001**

Herr Neuheuser ist mit den Ausführungen der Vorlage einverstanden, hält eine Ablehnung des Antrages jedoch nicht für sinnvoll. Vielmehr solle die Angelegenheit entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung an die Region „Naturpark Bergisches Land“ herangetragen werden. Er modifiziert den Antrag seiner Fraktion entsprechend.

Bürgermeisterin Opladen ist damit einverstanden, die Angelegenheit dem Landrat vorzutragen.

Es besteht Einvernehmen, daß so verfahren wird und der Antrag damit erledigt ist.

## 18 Anfragen der Ausschussmitglieder

### 1. Anfrage zum Mediterrana

-----

Herr Freese erläutert, daß der Sauna-Bereich des Mediterana erst kürzlich erweitert wurde. Nunmehr trage sich die Betreibergesellschaft mit dem Gedanken, einen zusätzlichen Hotelneubau zu errichten. Er weist auf die bestehenden vertraglichen Regelungen hin, nach denen die Stadt für das Bad jährlich einen Betrag in siebenstelliger Höhe entrichte. Gleichzeitig sei festgelegt, daß die Maßnahme nach fünfzehn Jahren auslaufe und das Objekt dann an die Stadt falle. Er fragt an, ob sich durch den geplanten Hotelneubau die Geschäftsgrundlage ändere.

### 2. Anfrage zur Laurentiusstraße

-----

Herr Waldschmidt weist auf die geänderte Verkehrsführung in einem Teil der Laurentiusstr. hin. Im Bereich der Tiefgaragenein- und -ausfahrt des Notariates Fortmann seien fahrbahneinengende Elemente aufgestellt worden. Diese erweckten den Eindruck eines Provisoriums und würden offenbar dort nicht lange in dieser Form bestehen bleiben. Er möchte wissen, was an dieser Stelle geplant sei, um den derzeitigen hässlichen Eindruck zu beseitigen.

### 3. Anfrage zu den Flächen des Landschaftsverbandes im Bereich der Stadtbahnhaltestelle Kölner Straße

-----

-

Unter Bezugnahme auf den Wohnungsbericht 2000 weist Herr Orth auf die Flächen des Landschaftsverbandes im Bereich der Stadtbahnhaltestelle Kölner Straße hin. Er möchte wissen, ob der Landschaftsverband die Flächen der Stadt zum Kauf angeboten habe und wenn ja, warum diese nicht zugegriffen habe.

### 4. Anfragen zu einer Minibuslinie und zu den städtischen Dienstwagen

-----

Herr Ziffus stellt folgende Anfragen:

- Es sei die Einrichtung einer Minibuslinie vom Stadtzentrum in den Bereich Hebborner Feld geplant. Er fragt an, ob diese Linie gegebenenfalls bis in den Bereich Quirlsberg verlängert werden könne, um den dort lebenden Senioren die Möglichkeit zu eröffnen, mit dem öffentlichen Personennahverkehr sicher und preiswert in die Innenstadt zu gelangen.
- Die Stadt habe vor nicht allzu langer Zeit einen neuen Dienstwagen er-

worden. Er fragt an, ob in diesem Zusammenhang auch die alternative Nutzung von „StadtTeilAuto“ geprüft wurde.

Alle Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.